

## **Norddeutschland, der NSU und rechter Terror**

### ***Bericht***

Annika Eckel

Bericht zur Tagung „Norddeutschland, der NSU und rechter Terror“ am 4. November 2016 in Hamburg

Insbesondere die Morde in Hamburg und Rostock in den Blick zu nehmen war Ziel des Hearings „Norddeutschland, der NSU und rechter Terror“. Am 4. November 2016 – dem 5. Jahrestag der Selbstenttarnung des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) rückte eine Region in den Mittelpunkt, die bei allen bisherigen Aufklärungsbemühungen das Schlusslicht bildet.

Angehörige, Überlebende, Nebenklagevertreter\_innen der Betroffenen, Juristen\_innen, Wissenschaftler\_innen und Vertreter unabhängiger Projekte, die Betroffene rechter und rassistischer Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern unterstützen, diskutierten über Aufklärungsblockaden im NSU-Komplex, die Praxis der Strafverfolgungsbehörden, Forderungen der Betroffenen und die Konsequenzen des rasanten Anstiegs rassistischer und rechter Gewalt im Alltag.

Mit Blick auf die Morde in Rostock und Hamburg würden die Familien der Opfer den Druck bei der Aufklärung erhöhen, vor allem beim NSU-Prozess, betonte Osman Tasköprü. Der Bruder des im Sommer 2001 in Hamburg-Altona ermordeten Süleyman Tasköprü kritisiert das Desinteresse in der Hansestadt an der Aufklärung der NSU-Morde. Aus den Beiträgen der ersten Paneldiskussion wird deutlich, welche zentrale Rolle Hamburg bereits in den 90er Jahren für die Entwicklung bundesweiter Neonazi-Netzwerke spielte. Die späteren NSU-Unterstützer\_innen aus Thüringen lernten nicht zuletzt von Konzepten und Personen aus dem Umfeld von Christian Worch.

Caro Keller (NSU-Watch) schilderte die Kontinuität rechtsterroristischer Aktivitäten im norddeutschen Raum. Beispielhaft sei hier der Mord an Ramazan Avci, der 1985 von 30 Neonazis gejagt und auf offener Straße totgeschlagen wurde. 2010 gründete sich in Hamburg eine Initiative, um an diesen Mord zu erinnern. Traurig sei es, dass es erst der Enttarnung des NSU bedurfte, um in Hamburg einen Platz nach Ramazan Avci zu benennen, betont Kemal Dogan von der Initiative. Während die Witwe noch heute mit den psychologischen Folgen der Tat kämpft, sind die Täter längst wieder auf freiem Fuß. Kemal Dogan kritisierte, dass einige Namen der damaligen Täter auch heute im Rahmen der Recherchen zum NSU-Netzwerk wieder auftauchten.

Dass die Wahrnehmung rassistischer Gewalt bei der Polizei damals wie heute eher gering ist, konstatierte auch Prof. Dr. Rafael Behr (Akademie der Polizei Hamburg). Dies liege aber nicht an der Ausbildung, sondern an der Kultur und Praxis in den Dienststellen. Die Folgen seien fatal, betont Tim Bleis von der Opferberatung LOBBI aus Rostock: Den Opfern werde vielfach nicht geglaubt, Täter\_innen würden selten ermittelt oder gar verurteilt.

Vielfach wurde bemängelt, dass institutioneller Rassismus in den Ermittlungsbehörden konsequent gelehnet werde. Auch der Abschlussbericht des ersten NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestages meidet diesen Begriff. Bereits beim Lübecker Brandanschlag 1996 bei dem zehn Bewohner\_innen eines Flüchtlingsheims starben, wurde gegen einen Hausbewohner ermittelt, obwohl drei Neonazis mit Brandspuren an den Haaren vor dem Haus verhaftet worden waren.

Auch in den Hamburger Ermittlungsakten zum Mord an Süleyman Tasköprü finde sich kein

einzigem Hinweis auf rassistische Tatmotive oder extrem rechte Täter, bestätigt der Journalist Felix Krebs in seinem Kommentar zum zweiten Panel. Zugehört werde den Opfern und Angehörigen nicht – geschweige denn geglaubt, wenn sie Neonazis als Täter vermuteten. „Wenn wir nicht gefragt werden, reden wir auch nicht“, sagte Ibrahim Arslan, Überlebender des Brandanschlags in Mölln, und forderte eine stärkere Berücksichtigung der Opferperspektive in der gesellschaftlichen Debatte. Nur wenn sie Gelegenheit bekommen, ihre Geschichte zu erzählen, könnten Opfer rassistischer Gewalt Solidarität erfahren.

Eine solche Gelegenheit soll das im Mai 2017 geplante Tribunal „NSU-Komplex auflösen“ in Köln bieten, berichtet die Sozialpädagogin Ayse Gülec (Kassel). Zu dieser Veranstaltung haben sich Engagierte aus dem gesamten Bundesgebiet zusammen getan, um öffentlich die ungenügenden Aufklärungsbemühungen anzuprangern und um Menschen mit eigenen Rassismuserfahrungen Gehör zu verschaffen.

Es bedarf noch viel öffentlichen Drucks, Aktionen sowie Engagement von Initiativen und Einzelpersonen, um die Aufklärungsblockaden nicht allein im NSU-Komplex zu überwinden. Die Teilnehmer\_innen des von der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus und der Evangelischen Akademie zu Berlin durchgeführten Hearings haben dazu einen Beitrag geleistet. Die Veranstalter\_innen werden versuchen, Politik und Kirche dafür zu gewinnen, einen Untersuchungsausschuss zum Anschlag in Lübeck 1996 und die kruden Ermittlungen und Urteile einzurichten. Darüber hinaus wären Untersuchungsausschüsse auch in Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern mehr als sinnvoll.